FREITAG, 20. JANUAR 2012 NR. 3 54. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Geht Ihre AG

in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen?
Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft!
Unterschreiben Sie! www.kirchensteuer-zh.ch

BÜRGER-AKTION seit 1981

Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

WIDERSTAND FÜRS VATERLAND

Widerstand leisten heisst: Missstände aufdecken, Werte verteidigen, Freiheit bewahren

Der SVP weht derzeit ein eisiger Wind entgegen. Die meisten Medien schreiben schlecht über unsere Partei. Dies ist nicht neu, im Gegenteil: Eine Partei, welche den Mut hat, auch unangenehme Themen anzusprechen, steht bald im Kreuzfeuer der Öffentlichkeit. Doch unser Land braucht eine Partei, welche die Kraft hat, Nein zu sagen, Missstände aufzudecken und dem «Mainstream» entgegenzuhalten. Eine Partei, welche Widerstand leistet – Widerstand für diejenigen Werte, welche unser Vaterland stark gemacht haben.

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Im Duden wird der Begriff Widerstand als Kraft umschrieben, die einer bestimmten Sache entgegenwirkt oder sich dafür als hinderlich erweist. Unter Widerstand versteht man im landläufigen Sinn auch das aktive (oppositionelle) Handeln gegenüber der Obrigkeit oder der Regierung. Widerstand zu leisten, kostet immer Kraft, Mut und Energie. Und genau diese Eigenschaften hat die SVP, wenn sie – wie es immer wieder vorkommt – Widerstand leistet gegen falsche Entscheidungen, welche die Regierung oder die Verwaltung treffen wollen.

Der Fall Hildebrand: Um was geht es eigentlich?

Liest man in diesen Tagen die Zeitungen, könnte man den Eindruck erhalten, die SVP – oder zumindest einzelne Exponenten unserer Partei – führten einen Feldzug gegen die Nationalbank oder andere Institutionen unseres Landes. Eine verhängnisvolle Fehleinschätzung. Selbstverständlich steht die SVP zur Nationalbank und verteidigt die Unabhängigkeit dieses Instituts. Ebenso weiss die SVP um die Bedeutung der Geld- und Währungspolitik und das volkswirtschaftliche Interesse an stabilen Preisen. Aufgrund dieser verantwortungsreichen Aufgaben muss die Nationalbank stets «im Gesamtinteresse des Landes» handeln und darf «weder vom Bundesrat noch von der Bundesversammlung oder von anderen Stellen» Weisungen einholen oder entgegennehmen. So steht es im Nationalbankgesetz.

Damit ist klar, dass für das Direktorium und den Bankrat der Nationalbank besonders hohe Anforderungen gelten: Diese Stellen müssen mit Personen besetzt sein, welche vollumfänglich im Interesse des Landes handeln. Sie müssen ihre persönlichen Interessen aufgrund der enormen Verantwortung für das Gemeinwesen in den Hintergrund stellen.

Dass dies nicht gegeben ist, wenn der Präsident des Direktoriums Devisengeschäfte im persönlichen Interesse betreibt, liegt auf der Hand. Um zu wissen, dass dies nicht geht, braucht es weder ein Gesetz noch ein Reglement: Dafür braucht es einzig den gesunden Menschenverstand.

SNB muss Verantwortung wahrnehmen

Offensichtlich hat bei der Nationalbank aber nicht nur der gesunde Menschenverstand gefehlt, sondern auch die Kontrollen haben nicht funktioniert. Die SVP fordert nun eine vollständige Aufklärung dieses Falls. Auch sind die Rollen des Bankrates und des Bundesrates vollumfänglich zu untersuchen. Hierfür ist eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen.

Aber auch die Abklärungen der Staatsanwaltschaft rund um eine mögliche Bankgeheimnisverletzung begrüsst die SVP: Das Bankkundengeheimnis schützt die Privatsphäre und damit ein hohes Schweizer Rechtsgut, das es zu schützen gilt. Mögliche Verstösse gegen das Bankkundengeheimnis müssen strafrechtlich untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn die Bundespräsidentin eine «knallharte Untersuchung» gegen fehlbare Personen, die möglicherweise das Bankkundengeheimnis verletzt haben, führen will, ist das richtig. Es gilt jedoch, mit gleichen Ellen zu messen: Ebenso ist eine knallharte Untersuchung gegen die verantwortlichen Personen im Bankrat und Bundesrat zu führen, welche als Aufsichtsorgane die Devisen- und Aktienkäufe von Philipp Hildebrands Konto vorerst decken und vertuschen wollten.

Schweiz: stabil und erfolgreich

Wie wichtig es ist, die Schweizer Werte zu verteidigen, zeigt der Vergleich mit anderen Ländern: Auch in der momentan wirtschaftlich schwierigen Situation ist die Schweiz sehr stabil. Unsere Volkswirtschaft ist getragen durch eine grosse Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – das vielbeschriebene «Rückgrat unserer Wirtschaft». Und in der Krise zeigt sich: Die unzähligen Gewerbebetriebe sind wirklich das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Rund drei Viertel der schweizerischen Arbeitsstellen finden sich in kleinen und mittelgrossen Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Dies bringt eine hohe Stabilität, denn jeder dieser Betriebe steht in der Verantwortung. Diese Gewerbebetriebe schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sie sichern auch unsere Sozialwerke und sind letztlich der Motor im täglichen Wirtschaftsleben. Zustände wie in Spanien (Jugendarbeitslosigkeit bei 46 Prozent) oder Deutschland (6,6 Prozent Arbeitslose) erschrecken uns zu Recht: In der Schweiz ist die Arbeitslosenquote derzeit bei ca. 2,9 Prozent. Selbst wenn dieser Wert 2012 ansteigt, ist er noch wesentlich tiefer als in allen anderen europäischen Staaten.

Es gilt unsere Standortvorteile zu verteidigen und nicht leichtfertig preiszugeben. Es braucht gute Rahmenbedingungen für das Gewerbe. Wir müssen aufhören, die Steuerbelastung ständig zu erhöhen und immer neue Abgaben und Gebühren einzuführen. Wir müssen aufhören, für alles und jedes ständig neue Gesetze und Vorschriften zu machen. Und wir müssen auch ganz elementare Werte wie das Privateigentum oder die Privatsphäre wieder schützen. Hier ist die Politik gefordert.

Direkte Demokratie stärken

Wir müssen mit aller Kraft versuchen, die demokratischen Mitspracherechte wieder zu stärken. Im Parlament müssen wir versuchen, die ständigen Einschränkungen der Volksrechte zu stoppen und das Initiativrecht wieder zu erweitern. Wir müssen wichtigen Initiativen zum Durchbruch verhelfen – zum Beispiel der Volkswahl des Bundesrates oder der AUNS-Initiative zur Stärkung der Mitsprache bei Staatsverträgen. Denn nur mit einer starken direkten Demokratie kann die Schweiz letztlich unabhängig bleiben. Es ist gut, dass der Bundesrat und die Verwaltung nicht einfach in eigener Kompetenz internationale Verträge abschliessen können, wie das in anderen Ländern der Fall ist. In der Schweiz muss in vielen Fragen noch das Volk befragt werden. Dies führt einerseits zu besseren Vertragsresultaten, aber andererseits natürlich auch zur Möglichkeit, solche Abkommen zu verwerfen.

Wir müssen unserem Land Sorge tragen und schauen, dass die Schweiz ein attraktiver Wohnort und ein konkurrenzfähiger Wirtschaftsstandort bleibt. Wir müssen das Asylchaos in den Griff bekommen und die Einwanderung wieder unter Kontrolle haben. Die diesbezügliche Initiative gegen Masseneinwanderung wird die SVP Schweiz diesen Frühling einreichen. Wir müssen die Ausschaffungsinitiative umsetzen, um auch international klarzumachen, dass ausländische Verbrecher in unserem Land nichts verloren haben. Alle Grundlagen für eine rasche Umsetzung sind erarbeitet – es gibt nichts, worauf wir warten müssten.

Wenn wir unser Einsetzen für die Werte, welche die Schweiz stark gemacht haben, und Widerstand leisten gegen die Tendenzen, welche unser Land in die EU führen wollen, werden uns die Stimmbürger dafür dankbar sein.

Liebe SVP-Mitglieder: Herzlichen Dank für Ihren Einsatz für unsere Partei und unser Land!

Heute Abend

Albisgüetli-Tagung live bei Schweiz 5

Schweiz 5 überträgt live die Albisgüetli-Tagung 2012 der SVP des Kantons Zürich. Erfahren Sie direkt und aus erster Hand von Alfred Heer, Dr. Christoph Blocher und Oswald Grübel, wie sie die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage sehen. Mehr dazu erfahren Sie am Freitag, 20. Januar 2012, ab 18.45 Uhr, auf Schweiz 5. Die Tagung wird auch live im Internet unter www.svp-zuerich.ch übertragen.

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Bei Vertragsabschluss bis ende Jahr übernimmt Sunrise alle Wechselgebühren!!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

Ihr Fachpartner für EgoKiefer Fenster und Türen

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44-307 11 55
www.ccg.ch

Treuhandbüro NK Steiner

Blattenstrasse 2, 8605 Gutenswil
Telefon 079 397 77 62
nicole.steiner@treuhandsteiner.ch
www.treuhandsteiner.ch

- **Steuerberatung und -optimierung**
- **Lohnbuchhaltung**
- **Salär- und Personaladministration**
- **Finanz- und Rechnungswesen**

Unsere Erfahrung – Ihr Vorteil!
Über Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns sehr!

Ihre Treuhänderin
Nicole K. Steiner

Kompetent ...

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch

SBV Versicherungen
USP Assurances
AGRISANO

Hansueli Raggenbass aus Seldwyla

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Hansueli Raggenbass, Präsident des Nationalbankrates, sagte: «Das heutige Reglement ist nicht so schlecht, wie jetzt behauptet wird.» Tatsächlich steht im internen Reglement für den Eigenhandel in Artikel 4: «Unzulässig sind das vorzeitige oder gleichzeitige Tätigen von Eigengeschäften in Kenntnis von geplanten oder beschlossenen Transaktionen der Schweizerischen Nationalbank.» Punkt. Schluss. Philipp Hildebrand hat mit seinen Aktien- und Devisenspekulationen das Reglement gebrochen. Konsequenz wäre die fristlose Entlassung. Nicht die Lohnfortzahlung in Millionenhöhe durch die Steuerzahler.

Eben noch waren die «Gerüchte» gegen Hildebrand für den Nationalbankrat «haltlos». Neuerdings weiss Präsident Raggenbass: «Der Fall Hildebrand ist ein Einzelfall.» Eine neue, durch nichts belegte Himmelfahrtsbehauptung. «Die rückwirkende Untersuchung der Transaktionen des erweiterten Direktoriums seit 2009 ist aufgegleist», sagte Raggenbass kürzlich. Und jetzt: «Wir haben noch nicht entschieden, ob wir diesen Aufwand noch machen wollen.» Wegsehen. Lächeln. Aussitzen.

Im Biedermeiertempo soll der vakante Sitz des SNB-Präsidenten besetzt werden. Bern will sich bis im April Zeit lassen. Die Nationalbank – so Raggenbass aus Amriswil – sei in der Zwischenzeit «voll handlungsfähig». Die Nationalbankspitze wie der Bundesrat glauben noch immer, sie bestimmten die Gesetze des Handelns. Dabei wurde eben die Bonität Frankreichs herabgestuft. Der Euro wankt. Die Verschuldungskrise reisst Länder in den Bankrott. Der Franken steht unter grösstem Druck.

Das Problem der Nationalbank sind nicht Geldpolitik und Zinssatz in Seldwyla. Sondern die Frankenstärke nach aussen. Wir brauchen das Vertrauen des globalen Finanzmarkts. Sofort. Das «Wall Street Journal» in New York, die «Financial Times» in London, das «Handelsblatt» in Düsseldorf interessieren sich nicht für Lei, Blocher oder Raggenbass. Sondern für einen Schweizer Notenbank-Chef, der gegen die eigene Währung spekuliert. Das hätten Bundesrat und Bankrat schon im Dezember wissen können. Und handeln müssen. Statt dementieren und weisswaschen.

Sein Bankrat habe «einen guten Job gemacht», beharrt Präsident Raggenbass. «Wenn es für die Nationalbank gut ist, stehe ich weiterhin zur Verfügung.» Es ist nicht gut, Herr Raggenbass.

VOLKSABSTIMMUNG VOM 11. MÄRZ 2012

Mehr Ferien = weniger Jobs

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» der Gewerkschaft Travail.Suisse will das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Verfassung festschreiben. Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände sprechen sich gegen die Ferieninitiative aus.

Heute liegt der gesetzliche Anspruch für bezahlte Ferien bei vier Wochen (fünf Wochen für alle unter 20 Jahren). Dank sozialpartnerschaftlicher Regelungen haben viele Arbeitnehmende aber länger Ferien: Unter 50-Jährige haben im Schnitt 4,8 Wochen Ferien, über 50-Jährige 5,4 Wochen. Hinzu kommen acht bis zehn – mehrheitlich freiwillig bezahlte – Feiertage. Die Initiative verlangt nun eine starre Verfassungslösung. Das ist falsch: Die bisherige Regelung hat sich bewährt.

Die Initiative wird deshalb von einer breiten Mehrheit aus Politik und Wirtschaft abgelehnt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat sagen Nein – ebenso alle bürgerlichen Parteien und alle Wirtschaftsverbände.

Mehr Ferien = mehr Kosten

Die Initiative kostet die Schweizer KMU über 6 Milliarden Franken pro Jahr. Diese Erhöhung der Lohnkosten käme zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Denn der starke Franken und die weltweite wirtschaftliche Abkühlung machen den Schweizer Unternehmen bereits heute schwer zu schaffen – ein Ende ist nicht absehbar.

Mehr Ferien = weniger Marktchancen

Gerade für kleinere Firmen – 88 Prozent der Schweizer Firmen haben weniger als zehn Angestellte – wären die Folgen der Initiative besonders schwerwiegend. Denn sie können längere Abwesenheiten und das dadurch fehlende Know-how schlechter kompensieren als grosse Firmen. Ausserdem ist zu befürchten, dass noch mehr Angestellte zu den Hauptferienzeiten fehlen werden. Gerade für Kleinstfirmen wird es so schwieriger, verlässlich zu planen und Aufträge auszuführen. Doch nur wer als Firma Kontinuität und Zuverlässigkeit garantiert, kann auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze schaffen.

«MIT DER FERIENINITIATIVE SÄGEN WIR AM AST, AUF DEM WIR SITZEN.»

Mehr Ferien = weniger Wettbewerbsfähigkeit

Noch höhere Arbeitskosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und schwächen die Attraktivität des Standorts Schweiz für neu zuziehende Firmen. Damit werden die beiden wesentlichen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz beschädigt, die in den letzten Jahrzehnten Wohlstand und Arbeitsplätze geschaffen haben.

Mehr Ferien = weniger Jobs

Wegen der Frankenstärke ist der Druck gross, Arbeitsplätze in Länder mit tieferen Arbeitskosten zu verlagern oder Waren vermehrt bei ausländischen Zulieferern zu beziehen. In beiden Fällen gehen in der Schweiz Arbeitsplätze verloren. Die Ferieninitiative verstärkt diesen Druck noch zusätzlich. Das bekommen vor allem schlechter ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu spüren. Bei ihnen steigt die Arbeitslosigkeit am schnellsten.

Mehr Ferien = weniger Flexibilität

Heute profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von flexiblen Arbeitszeiten und individuellen Jobmodellen: Teilzeitstellen, Jobsharing, Möglichkeiten, zu Hause zu arbeiten. Gerade für berufstätige Eltern kann dies wertvoller sein als mehr Ferien. Denn die Flexibilität erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Solche individuell auf den Arbeitnehmenden abgestimmten Modelle gefährdet die Ferieninitiative mit ihren starren Regelungen. Denn individuelle Jobmodelle und mehr Ferien werden sich insbesondere KMU nicht leisten können.

Mehr Ferien = mehr Stress

Viele Firmen können es sich in der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht leisten, zusätzliche bezahlte Stellvertretungen einzustellen. Folglich nimmt die Belastung für die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu. Sie müssen während der längeren Ferienabwesenheit ihrer Arbeitskollegen mehr Stellvertretungen und Zusatzbelastungen übernehmen. Das bedeutet für die Anwesenden mehr Hektik und mehr Stress. Die Ferieninitiative entpuppt sich damit als Bumerang. Denn sie verursacht nicht weniger, sondern mehr Stress.

Mehr Ferien = weniger Lohn

Die wenigsten KMU sind in der Lage, ihren Angestellten für kürzere Arbeitszeiten den gleichen Lohn zu zahlen. Denn dieser Lohnzuwachs müsste durch einen Produktivitätsgewinn wettgemacht werden. Sonst geht die Rechnung nicht auf. Werden die KMU jährlich mit bis zu einem halben Monatslohn pro Beschäftigten mehr belastet, haben die Arbeitgebenden in der Regel zwei Möglichkeiten: Entweder sie korrigieren die Löhne nach unten oder sie verzichten so lange auf Lohnerhöhungen, bis der Produktivitätsverlust kompensiert ist. Die Verlierer sind die Angestellten.

Weitere Angaben und Unterlagen sind zu finden unter www.ferieninitiative-nein.ch

STRATEGIEWECHSEL

Bundesrat manövriert sich erneut in die europapolitische Sackgasse

Nach den Bilateralen III und dem gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz (GKA) lanciert der neue Aussenminister Burkhalter erneut einen europapolitischen Strategiewechsel – den dritten innerhalb eines Jahres. Neu soll ein sektorielles Abkommen, das Energieabkommen, zu einem Modellfall für die künftige Europapolitik werden.

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Lange hatte es danach ausgesehen, als könnte ein schlankes Stromabkommen mit der EU den gegenseitigen Interessen in den Bereichen der Versorgungssicherheit und des gegenseitigen Marktzugangs gerecht werden. Problematisch wurde das Ganze, als aus dem Stromabkommen, welches sich seit 2007 in Verhandlung befindet, plötzlich ein umfassendes Energieabkommen werden sollte, das auch erneuerbare Energien sowie Massnahmen im Wärme- und Mobilitätsbereich berücksichtigt. Der Bundesrat verabschiedete im Herbst 2010 ein entsprechendes Mandat. Ein solches Abkommen wäre für die Schweiz mit beträchtlichen Mehrkosten verbunden und hätte unabsehbare strukturelle Folgen im Bereich der Infrastrukturen und Netze. Auch stellen sich Fragen bezüglich der föderalistischen Kompetenzordnung. Verzögerungen bei der weiteren Aushandlung eines neuen bilateralen Abkommens waren damit vorprogrammiert.

Das Fuder überladen

Nun soll offenbar auf diese bereits stark belastete Ausgangslage noch ein institutioneller Überbau gestülpt werden. Fragen der künftigen Übernahme von EU-Recht, dessen Auslegung, Überwachung und die damit zusammenhängende Rechtsprechung sind von grundlegender Bedeutung für die Schweiz und deren Souveränität. Es ist kaum vorstellbar, dass diese Fragestellungen im Rahmen eines sektoriellen Abkommens modellhaft verhandelt und gelöst werden können. Die Folgen eines solchen Ansatzes wären nämlich letztlich wiederum von umfassender Wirkung. Sich quasi hinter einem einzelnen Abkommen, welches allenfalls im Interesse der Schweiz sein könnte, zu verstecken, um nebenbei zentrale institutionelle Fragen zu klären, wäre zudem nicht statthaft. Sollte dies die Idee des Bundesrates gewesen sein, so ist sie bereits bei der Lancierung gescheitert.

Neue Abkommen nicht zwingend

Die SVP hat ihre Haltung sowohl zum Energieabkommen, als auch zu institutionellen Fragen in den vergangenen Monaten klar gemacht. Im Interesse der Schweiz und der Versorgungssicherheit ist einzig ein schlankes Stromabkommen, welches den Energiehandel im Fokus hat. Diese Position wird auch von der Wirtschaft vertreten. Im Bereich der institutionellen Fragen lehnt die SVP eine zwingende Übernahme von EU-Recht, wie dies beispielsweise beim EWR vorgesehen war oder im Schengen-Vertrag immer wieder Probleme schafft, kategorisch ab. Auch eine institutionelle Anbindung an die EU kommt für die SVP nicht in Frage. Vor diesem Hintergrund ist die «Strategieskizze» von Bundesrat Burkhalter, welche ein unbefriedigendes sektorielles Verhandlungsmandat mit folgenschweren institutionellen Fragen verknüpfen will, ein untauglicher Ansatz.

sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE

Einladung zur 7. öffentlichen
sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik

Samstag, 28. Januar 2012
9.45–12.00 Uhr

**Grossrats-Saal im Grossratsgebäude,
Obere Vorstadt 10, Aarau**

Nationalrat Christoph Mörgeli

Asylverfahren als einfachster Weg zur Kriminalität

Mit anschliessender Diskussion und Apéro bis 13.00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE – Aktion gegen Kriminalität
Postfach 23, 8416 Flaach

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Liberalisierung der Öffnungszeiten abgelehnt

Mit einer Volksinitiative forderte die FDP die vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich. Zudem wurde diese Woche der Rahmenkredit für den ZVV in der Höhe von 798,2 Mio. Franken bewilligt.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) eröffnete in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Debatte um die Volksinitiative «Der Kunde ist König». Das Verbot, Läden der Detailhandelsbetriebe an öffentlichen Ruhetagen offen zu halten, soll abgeschafft beziehungsweise im Hinblick auf die Öffnungszeiten nicht mehr zwischen Werktagen und öffentlichen Ruhetagen unterschieden werden. Ein Vergleich mit anderen Kantonen zeigt, dass die Ladenöffnungszeiten im Kanton Zürich bereits sehr liberal sind und die Detaillisten diese bei weitem nicht vollständig ausschöpfen, so Raths. Jedoch stelle die vorberatende Kommission auch fest, dass es keine Aufgabe des Staates sei, privaten Unternehmungen sowie Kundinnen und Kunden vorzuschreiben, wann Produkte verkauft bzw. eingekauft werden dürfen. Die Detailhandelsgeschäfte sollen ihre Ladenöffnungszeiten vielmehr individuell auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden festlegen dürfen. Heute können nur Tankstellenshops und Läden in Zentren des öffentlichen Verkehrs am Sonntag öffnen. Dies sei für einen Teil der Kommission ein einseitiger Wettbewerbsvorteil. **Hans-Ueli Vogt** (SVP, Zürich) stellte klar, dass einem wirtschaftspolitischen Anliegen einer freiheitlichen Ordnung keine Steine in den Weg gelegt werden darf. Dieses komme den Ladenbesitzern und den Kunden zugute und sei Voraussetzung für eine erfolgreiche Gewerbepolitik. Dass hier ein Bedürfnis bestehe, könne man Sonntag für Sonntag beobachten. **Peter Preisig** (SVP, Hinwil) betonte, dass es sehr ungerecht ist, dass heute nicht alle gleiche Voraussetzungen haben (siehe Kommentar). **Jacqueline Hofer** (SVP, Dübendorf) betonte, dass die KMU den Initianten sehr dankbar sind und die Volksinitiative eine Chance darstellt, den Detailhandel zu stärken. **Gregor Rutz** (SVP, Küsnacht) stellte fest, dass der Kanton Aargau sein Ladenschlussgesetz aufgehoben und damit der Beweis erbracht hat, dass dieses Begehren nicht bundesrechtswidrig ist. Es dürfe nicht die Frage gestellt werden, ob in diesem Bereich eine Liberalisierung nötig sei, sondern ob es hier überhaupt Gesetze brauche. Zudem werde der Schutz der Arbeitnehmer mit dieser Volksinitiative nicht ausgehöhlt, da das Bundesrecht nicht angetastet werde. Der Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) betonte, dass der Regierungsrat sich nicht vor einer Liberalisierungspolitik verschliessen will, jedoch die Geschäfte bereits heute schon ohne Bewilligung an Werktagen von 6 bis 23 Uhr geöffnet haben können. Der Kantonsrat kam nach langer Debatte zum Schluss, die Volksinitiative mit 67 zu 100 Stimmen zur Ablehnung zu empfehlen.

1 Million pro Tag für den ZVV

Ohne Gegenstimmen bewilligte der Kantonsrat den Rahmenkredit über 798,2 Mio. Franken zuhanden des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) für die Jahre 2012 und 2013. Für das Jahr 2012 wird eine Kostenunterde-ckung von 393,5 Mio. Franken budgetiert. Gegenüber dem Budget 2011 ergibt sich nur ein leichter Anstieg von rund 3 Mio. Franken. Im zweiten Rahmenkreditjahr nimmt die Kostenunterdekkung um 11,2 Mio. Franken auf 404,7 Mio. Franken zu. Daraus ergibt sich ein Rahmenkredit von 798,2 Mio. Franken. Im letztjährigen KEF (2011–2014) wurde noch von einer Kostenunterdeckung von insgesamt 819,6 Mio. Franken ausgegangen, sodass sich eine Verbesserung von insgesamt 21,4 Mio. Franken ergibt. Ausschlaggebend dafür ist unter anderem das Rechnungsergebnis 2010, das um 11 Mio. Franken besser ausfiel als erwartet und sich als Niveaueffekt auf die Folgejahre auswirkt. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) stellte klar, dass der Kantonsrat mit den bereits früher beschlossenen Grundsätzen die Bestellung der öV-Leistungen aufgegeben hat und jetzt die daraus folgenden Kosten von Kanton und Gemeinden deckt. Nun sei es an der Zeit die geleistete Arbeit des ZVV zu loben. Festzuhalten sei, dass der Kostendekkungsbeitrag der Passagiere an den ZVV nur gerade 25 Prozent betrage. Darum müssen Tariferhöhungen auch von der Politik breiter abgestützt werden. Man könne nicht ständig neue Leistungen fordern, ohne die Kosten zu tragen. Der Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) betonte, dass sich der ÖV ständig verbessert und das Angebot laufend ausgebaut wird. Dass der ZVV gut unterwegs sei, zeige der Vertrauensbeweis durch den Kantonsrat auf, den Kredit von 800 Mio. Franken einstimmig bewilligte.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

«Der Kunde ist König»

PETER PREISIG
KANTONSRAT SVP
HINWIL

Die lange Debatte über die Initiative «Der Kunde ist König» hat aus unserer Sicht nicht gefruchtet. Die Initiative will, dass jedes Verkaufsgeschäft seine Öffnungszeiten selber bestimmen kann. Wer will, kann sein Geschäft sieben Tage und 24 Stunden offen halten. Sie wäre somit für jeden innovativen Detaillisten von Vorteil. Diese können so in umsatzstarken Zeiten ihren Verdienst generieren. Zurzeit sind die Spiesse ungleich lang. So dürfen in Tourismusregionen, Bahnhöfen und Tankstellen die Ladenbesitzer viel längere Öffnungszeiten haben. Alle anderen, die vielleicht auch die Möglichkeit für gute Geschäfte an Sonntagen oder in der Nacht haben, müssen die Ladenschlussverordnung einhalten.

Die Initiative liberalisiert lediglich und hat keine bestimmende Funktion. Es bleibt jedem Geschäft offen, wann und ob es geöffnet haben will. Die linke Ratsseite räumte Bedenken wegen den Arbeitszeiten ein. Dies ist absolut haltlos, denn jeder Arbeitgeber muss die gesetzlichen Bestimmungen einhalten. Der Arbeitgeber muss den Mitarbeitern die entsprechende Freizeit wie auch die maximale Arbeitszeit gewähren.

Die Linken haben sich auch Sorgen um die Kleinunternehmen gemacht, weil so ganze Familien in den Einsatz kommen würden. Dies macht ein Detaillist jedoch nur, wenn ein Profit herausschaut und für jedes Familienmitglied einen entsprechenden Verdienst generiert werden kann. Würde dies ein Detaillist aus betriebswirtschaftlichen Gründen tun, stimmt die kaufmännische Situation nicht, dann hat der Betrieb Mühe einen Gewinn zu erwirtschaften. Diese Unternehmen arbeiten bereits schon ohne Liberalisierung so.

Weiter befürchtete die linke Ratsseite, dass kleine Geschäfte in Einkaufszentren unter Druck kämen, weil sie sich anpassen müssten. Es ist schon so, dass in einem Einkaufszentrum ein gemeinsamer Nenner gefunden werden muss. Aber auch hier müssen die Vorteile in den Vordergrund gestellt werden. Es ist sicher möglich, dass zum Beispiel ein kleines Geschäft in der Nacht geschlossen haben kann, wenn andere Shoppingcenter offen haben.

Das Ganze sollte man etwas weitsichtiger beurteilen. Die Einkaufsgewohnheiten haben sich wesentlich verändert. Heute möchte ein grosser Teil der Konsumenten, dass die Einkaufszeiten seinen Bedürfnissen entsprechen. Der Detaillist hat die Konsumenten nach deren Gunsten zu bedienen

Die Initiative sollte auch bundesweit ein Zeichen setzen. Der wirtschaftsstärkste Kanton sollte eine Vorreiterrolle übernehmen und die heutigen Bestimmungen lockern. So bekäme der Bund den Hinweis, dass die Arbeitsgesetze zu ändern oder mindestens anzupassen sind. All die vorgebrachten Sorgen und Vorurteile sind aus der Sicht der SVP haltlos und masslos übertrieben.

Leider hat der Kantonsrat die Initiative «Der Kunde ist König» mit 100:67 und einer Enthaltung abgelehnt. Nun hat das Volk bei einer Abstimmung das letzte Wort.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… die Volksinitiative «Der Kunde ist König» für freie Ladenöffnungszeiten zur Ablehnung empfohlen.	☹
… einen Rahmenkredit für den ZVV für die Fahrplanperiode 2012/2013 bewilligt.	☺
… ein dringliches Postulat betreffend detaillierter Kennzahlen vor und nach der Eröffnung der Westumfahrung abgeschrieben.	😐
… eine Behördeninitiative betreffend Schaffung eines neuen Tarifangebots «Zoo/ZVV Kombiticket» abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend Buslinien durch den Üetlibergtunnel abgeschrieben.	😐
… ein Postulat betreffend Anreize für Familien zum Umsteigen auf den ÖV überwiesen.	☹

16. Januar 2012

Informationsabend für Parteimitglieder und Mandatsträger

Bürgerrechtsgesetz NEIN
Gegenvorschlag JA

An der kantonalen **Volksabstimmung vom 11. März** entscheiden wir über das neue **Zürcher Bürgerrechtsgesetz.** Bei diesem Gesetz stellen sich verschiedene Fragen:

- Soll der Kanton Zürich als erster Kanton für Ausländer einen generellen **Rechtsanspruch auf Einbürgerung** schaffen?
- Sollen **Gerichte oder Gemeindebehörden** über Einbürgerungen entscheiden?
- Soll das **Strafregister** bei Bürgerrechtsbewerbern **nur noch teilweise relevant** sein? Soll es möglich sein, auch Verbrecher einzubürgern?
- Sollen die **Voraussetzungen für Einbürgerungen** eher **verschärft oder abgeschwächt** werden?

Diese und andere Fragen werden an unserem Orientierungsabend behandelt. Nehmen auch Sie an unserer interessanten Informationsveranstaltung teil:

Montag, 30. Januar 2012
20.00–22.00 Uhr
Hotel Glockenhof (Saal, 1. Stock)
Sihlstrasse 31, 8001 **Zürich**

Leitung: **Gregor A. Rutz**
Kantonsrat / Vizepräsident der SVP Kanton Zürich

Aus organisatorischen Gründen sind wir Ihnen für eine Anmeldung mit untenstehendem Talon oder via E-Mail dankbar.

Mit freundlichen Grüssen,
SVP Kanton Zürich

☐ Ich melde ____ Personen für die **Schulung vom 30. Januar** an.

Name, Adresse

E-Mail

Bitte möglichst rasch einsenden an:
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Fax 044 217 77 65 / Mail: *sekretariat@svp-zuerich.ch*

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Sparauftrag an die Regierung ist nicht verhandelbar

MARTIN ARNOLD
KANTONSRAT SVP
OBERRIEDEN

In der Budgetdebatte vom vergangenen Dezember hat das Parlament dem Regierungsrat einen klaren Sparauftrag erteilt. Ausgabenseitig sollen rund 350 Millionen Franken des 14-Milliarden-Budgets eingespart werden. Der Auftrag an den Regierungsrat wurde mit einer deutlichen Mehrheit des Parlamentes erteilt.

Aber schon fünf Wochen nachdem dieser Auftrag erteilt worden ist, scheint die Regierung diesen auszublenden und in den Wind schlagen zu wollen. Mit der Ankündigung einer nicht budgetierten Gewinnausschüttung durch die Nationalbank wird sofort die Erklärung gemacht, dieser Mehrertrag werde mit dem Sparauftrag verrechnet. Damit würde sich die Regierung in der komfortablen Lage sehen, dass bereits ein Drittel der Budgetkürzung ohne eigenes Zutun abgearbeitet wäre.

Dies entspricht aber nicht dem Auftrag, den das Parlament erteilt hat. Der Kantonsrat hat beschlossen, dass die Budgetverbesserung ausgabenseitig zu erfolgen hat. Dies ist auch in den Protokollen der Budgetberatung so nachzulesen. Die Regierung schickt sich somit an, die Beschlüsse des Parlamentes zu missachten und sich eigenmächtig darüber hinwegzusetzen. Dieses Verhalten muss als rechtsstaatlich äusserst fragwürdig taxiert werden und ist einer demokratisch gewählten Regierung in einem Rechtsstaat unwürdig.

Die Ausschüttung eines Gewinnes der Nationalbank wie auch allfällig höhere Steuererträge sind zum Schuldenabbau zu verwenden. Angesichts der anstehenden Aufgaben und Sonderaufwendungen ist dies nichts weiter als eine vernünftige und auf Stabilität ausgerichtete Finanzpolitik. Der erteilte Sparauftrag des Parlamentes zielt genau in die gleiche Richtung und ist unter keinen Umständen verhandelbar. Die SVP fordert transparente und für das Parlament nachvollziehbare Sparanstrengungen des Regierungsrates. Mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung ist die Stellungnahme der Finanzdirektorin geradezu ein Hohn gegenüber dem Parlament. Mit den Budgetrichtlinien 2013, die im kommenden Monat verabschiedet werden, sind dem Aufwandwachstum Schranken zu setzen.

JUBILÄUM

80 Jahre Jakob Grimm – Ein Unternehmer feiert Geburtstag

Punkto Tatkraft und Lebensmut kann er es noch mit manch Jüngerem aufnehmen: Dem Oetwiler Unternehmer Jakob Grimm gehen die Ideen auch im stolzen Alter von 80 Jahren nicht aus. Nicht nur seine Partei und seine Freunde dürfen immer wieder auf seine tatkräftige Unterstützung zählen, auch in seinem Betrieb ist man immer wieder dankbar um seinen Rat und seine Erfahrung.

GREGOR RUTZ, VIZEPRÄSIDENT SVP KANTON ZÜRICH

THERES WEBER, PRÄSIDENTIN SVP BEZIRK MEILEN

Geburtstagskind Köbi Grimm mit Bezirkspräsidentin Theres Weber, Nationalrat Christoph Mörgeli und Parteivizepräsident Gregor Rutz.

«Vom Pferdefuhrwerk zum Lastwagenpark» – so könnte die Biographie von Jakob Grimm überschrieben sein. Der Vollblutunternehmer aus Holzhausen bei Oetwil hat in seinem Leben manches bewegt und manches erlebt. Selbstverantwortung stand für Jakob Grimm immer im Zentrum. So war es für ihn immer selbstverständlich, dass er als Unternehmer auch eine soziale Verantwortung hat, zu welcher der Einsatz für das Gemeinwesen gehört. Doch wie im unternehmerischen Leben zeichnet sich auch Jakob Grimms Einsatz für die Allgemeinheit dadurch aus, dass er weit überdurchschnittlich ist. Auch im hohen Alter von 80 Jahren nimmt er regelmässig an Parteiveranstaltungen teil und hilft immer wieder tatkräftig mit, wenn es an Geld und Ressourcen fehlt. Ohne, dass er sich in den Vordergrund drängen würde, ist Jakob Grimm doch ständig präsent. Seine Partei, die SVP, hat ihm viel zu verdanken. Seine sprichwörtliche Bescheidenheit, aber auch seine Tatkraft kann sich mancher zum Vorbild nehmen.

Die Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi überreichen dem Ehepaar Grimm ein Präsent.

Am Vorabend seines Geburtstags erhielt Jakob Grimm prominenten Besuch: Eine Fünferdelegation seiner Partei, der SVP, machte ihm die Aufwartung. Regierungsrat Markus Kägi, Regierungsrat Ernst Stocker, Nationalrat Christoph Mörgeli sowie der Vizepräsident der kantonalen SVP, Kantonsrat Gregor Rutz, und die Präsidentin der Bezirkspartei, Kantonsrätin Theres Weber, überbrachten dem Jubilar die Wünsche der SVP. Sie wünschten Jakob Grimm auch für die nächsten Jahre gute Gesundheit und alles Gute und gratulierten ihm zu seinem Lebensmut und zu seiner Schaffenskraft.

Am Mittwoch dann, dem eigentlichen Geburtstag von Köbi, wie er von seinen zahlreichen Freunden genannt wird, durfte er das Geschenk der SVP Kanton Zürich und Bezirk Meilen entgegennehmen: die Noten für den Jakob Grimm-Marsch. Diesen Marsch wird in Zukunft die historische Orgel im Museum spielen, vielleicht hört man ihn bald auch andernorts?

Freunde, Verwandte und Bekannte fanden den Weg nach Holzhausen, um Köbi persönlich zu gratulieren und alles Gute zu wünschen. Dass von Kantonsrat Hans-Peter Amrein gar Maja Brunner aufgeboten wurde, freute den Jubilar speziell. Musikalisch und mit viel Charme begeisterte sie die Gästeschar.

Verschiedene Redner gratulierten Köbi persönlich. Sein aktives Leben in ein paar Sätze zu fassen wäre nicht angebracht, zu viel hat der grossartige Unternehmer und SVP-Mann in den vergangenen Jahren geleistet und der Allgemeinheit und der SVP zur Verfügung gestellt. Dass seine Gattin Hedi im Hintergrund immer bereit ist, zeigt ihre Liebe und ihre Stärke – ein Paar, dem man nur das Beste und noch viele gesunde und schöne gemeinsame Jahre wünschen kann!

Die charmante Maja Brunner mit dem Jubilar.

80 Jahr Köbi Grimm

Geburtstag hät de Köbi Grimm, de 80. hüt,
er füired dä wie gwohnt mit ganz vill Lüt.
Bekannti, Fründe und d'Familie sind da,
mir wänd öise Köbi hüt höchläbe la!

Vater, Unternehmer, Gmeindrat und SVP-Ma,
de Köbi hät nie im Läbe öppis abränne la.
Er hät immer alles schön vorbereitet und isch dänn i d'Stadt,
uf d'Verwaltig oder zum Regierigsrat is Büro ie grad.

Mit eme Glas Honig hät er fasch alles übercho i sim Läbe,
er hät sich aber au iigsetzt wänn er nöime gsi isch degäge.
Als Unternehmer weiss er genau was er will,
d'Redli vo sim Fuerpark stönd nur ganz sälte still.

Au d'SVP hät all die Jahr därfe profitiere vo sinere Grosszügigkeit,
für d'Fraktion z'Bern oder au die vom Kantonsrat hät er nie lang überleit.
Au im Bezirk isch er da, wänn mer ihn bruucht, zum Bispiel fürs Schiff,
er erwartet vo öis, dass mir defür d'Politik heiged im Griff.

So setzed mir öis dänn i, für Deponie und anderi Aalige vom Köbi Grimm,
er dänkt so unternehmerisch wie mir, drum isch es nie schlimm.
Für s'Gwärb mached mir fasch alles, sowohl z'Züri wie z'Bärn,
leider händ drum nöd alli d'SVP immer nu gärn.

Mir kämpfed ohni Wänn und Aber, gradlinig für öisi Ziel,
debi flüüged au mängisch Fätze, wänn d'Bürger sötted zahle zvill.
Mir hebed de Finger au uf weniger agnähmi Theme und Persone,
Als Unternehmer weiss de Köbi, dass sich das meischtens tuet lohne.

Zwar rüefed die Einte und säged mir seigid schlächt,
doch später müend sie erfahre, dass mir öppe händ rächt.
De Köbi isch immer hinder de SVP gstande i Tate und Gedanke,
da defür möchted mir ihm hüt ganz härzlich danke!
En Marsch häsch Du Dir scho lang gwünscht für Dini historisch Orgle,
mir händ Dir für hüt d'Note dezue chöne bsorge.
Mir hoffed, Du heigsch en huufe Ziit zum die Musik lose,
für Dini Frau hämmir defür es paar schöni Rose.

Si isch immer bi Dir gsi und hät Dich unterstützt,
si hät nie gfräget, was es ihre dänn nützt.
So stelled mir öis die perfäkt Partnerschaft vor,
und hoffed ihr heiged na mängs schöns und gsunds Jahr!

Liebe Köbi, liebs Hedi, gnüssed mit öiere Familie die Ziit,
mir wünsched öi, dass es na lang eso schön bliibt.
S'pflägt Museum, de schön Garte und die verschiedene Stübli zum sitze,
sölled öi im Chreis vo Familie und Fründe na lang und vill Ziit stibize.

Mir danked für d'Iladig zum hütige Fäscht,
und gnüssed die Stunde als öi Gescht!
Uf de Köbi isch d' SVP Bezirk Meile und Kanton Züri stolz,
si isch dankbar, das er gschnitzt isch us so guetem und gsundem Holz!

Als Presidäntin därf ich hüt aastosse mit Dir,
und wünsche vo Härze alles Gueti Dinere Familie und Dir.
Danke für alles wo Du immer für öis machsch,
und heb vill Fröid a Dim Jakob-Grimm-Marsch!

Theres Weber

LESERBRIEFE

Die Hildebrands am z Morge

Da stelle ich mir als Frau die Hildebrands am z Morge vor. Über was wird da bloss geredet? Über die herzigen Banalitäten des Alltags: Hast du gut geschlafen? Deine Socken liegen bereit ... was wollen wir z Nacht essen? Ach! Nein, nein, nein, da wird die «Financial Times» gelesen. Gemeinsam. Denn der Rubel muss rollen! Nicht für die Schweiz – nein natürlich nicht, sondern für die eigenen Konten! Sie ist eine sehr starke Frau, sagte er. Klar hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau … nur haben wir auch aus der Geschichte gelernt, dass eben auch diese starken Frauen ihre Männer zum Fall bringen können. Der zurückgetretene Präsident der SNB hatte keine Kontrolle über die privaten Finanzaktivitäten seiner Frau?! Da denkt sich so manche Frau was … fragt sich denn nur, wer in der SNB der Präsident war: Kashya oder Philipp oder beide miteinander? Nun eigentlich sollte man die Hoffnung nie aufgeben, dass sich Leute in ihrem Getue zum Positiven ändern können oder wollen …, ob die Hildebrands wohl je einmal die herzigen Banalitäten des Alltages entdecken werden? Ich habe so, nach den TV-Auftritten meine ernsthaften Zweifel.

Martina Zingg, Knonau

Fragwürdige Auszeichnung des Schweizer Fernsehens

Würde für die Verleihung des Swiss Awards in der Kategorie «Politik» eine integere Politikerpersönlichkeit vorausgesetzt, so hätte Frau Karin Keller-Sutter diesen Award sicher nicht erhalten dürfen. Den Politik-Preis holte sich die St. Galler Justizdirektorin und FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter wegen ihres konsequenten Vorgehens gegen Fussball-Hooligans in der ganzen Schweiz. Konsequent und knallhart geht Karin Keller-Sutter aber auch gegen Kritiker aus den Reihen ihrer Mitarbeiter vor, die über gravierende Missstände im St. Galler Migrationsamt berichteten, welches der St. Galler Justizdirektorin unterstellt ist. Sehr bedenklich ist in dieser Sache, dass die Urheberschaft dieser Missstände teilweise bei Frau Karin Keller-Sutter selber liegen oder von ihr begünstigt wurden, wie in diversen Ausgaben der «Weltwoche» vom Oktober 2011 aufgezeigt wurde. Für die Chefin gelten nach Aussage ihres ehemaligen Mitarbeiters, der diese Missstände aufdeckte, offenbar andere Gesetze als für ihre Mitarbeiter. Weil Karin Keller-Sutter jedoch im Ständeratskampf gegen den SVP-Parteipräsidenten Brunner antrat, wurde sie von den gesamten linken Medien sowie der SVP-feindlichen Presse geschont und nicht angetastet. Und so wurde sie nun vom linken Staatsfernsehen sogar noch mit dem Titel «Schweizer Politikerin des Jahres» ausgezeichnet. Wie einseitig dieser Preis verliehen wird, zeigt die Tatsache, dass der Preis im Ressort Politik bisher fünf Mal an SP- und vier Mal an FDP-Politiker und -Politikerinnen verliehen wurde. So darf man gespannt sein, wer nächstes Jahr gewählt werden wird. Die Serie der FDP-Politiker könnte z.B. mit Bundesrat Didier Burkhalter als EU-Turbo aufrechterhalten werden oder mit dem Genfer Stadtrat Maudet, der die Milizarmee abschaffen will. Beides Themen, die vom linken Staatsfernsehen im Leutschenbach bekanntlicherweise volle mediale Unterstützung geniessen.

Ernst J. Merz, Unterägeri

Der Informant ist der wahre Held

Mit Aktien und Devisen grosse Summen «verdienen» und erst noch auf sicher, ist zumeist nur über Insiderwissen möglich. Meistens werden die Grosskäufe und -verkäufe zur Tarnung über Strohmänner, sprich Familienangehörige usw., getätigt. Das ist der erste Grund, weshalb trotz des neuen Insider-Gesetzes diese Geschäfte kaum zu unterbinden sind.

Der zweite Grund: Plaudert mal ein Angestellter aus, so wird er von der Bank drastisch bestraft resp. entlassen. So tat es auch die Bank Sarasin im Fall Hildebrand. Durch solche Einschüchterungen und Abstrafungen von Seiten der Banken wird sichergestellt, dass Insidergeschäfte weiterhin im Verborgenen und somit ungesühnt bleiben. Das Insidergesetz bleibt also das Papier nicht wert, auf welchem es geschrieben steht und Kleinaktionäre haben weiterhin das Nachsehen. Das Bankgeheimnis wird Frau und Herrn Schweizer immer wieder als Schutz des Privatbereiches schmackhaft gemacht. Es darf jedoch nicht ein Instrument zur Verheimlichung millionenschwerer Steuerhinterziehungen und zur Verdunkelung der Devisen- und Aktiengeschäfte von Insidern und deren Angehörigen sein.

Der Informant aus der Bank Sarasin müsste eigentlich belohnt und nicht gestraft werden, denn er hat dem Insider-Gesetz zur Anwendung verholfen. Wer sonst tut es? Niemand!

Mein Vorschlag: Der Hildebrand-Devisengewinn gehört dem Informanten.

Joseph Arnold, Oftringen

Ist die Schweiz ins Mittelalter zurückgefallen?

Wenn im Mittelalter jemand im Klerus Missstände aufdeckte, musste er damit rechnen, dass er, seine Familie usw. verfolgt, misshandelt, getötet oder in den Tod getrieben wurde. Gleich ging es dem 39-jährigen Bankangestellten der Bank Sarasin, der den Mut hatte, die Bankbelege der Devisengeschäfte von Familie Hildebrand ans Licht zu bringen. Er wurde fast in den Selbstmord getrieben und steht nun unter psychiatrischer Betreuung. Kaum wurden die fragwürdigen Devisengeschäfte in der Öffentlichkeit bekannt, wurde in den Medien von der Regierung her den Aufdeckenden Strafandrohungen und Rechtsverfahren angedroht. So wurde der Bankangestellte plötzlich zum Verbrecher gemacht und der Schuldige zum Opfer. Durch dieses Verhaltensmuster der Regierung und dem unverhältnismässigen Ausdruck ihrer Macht, bezeugt die Bundesregierung im Grunde genommen unbewusst Schwäche und den Beweis, dass es bei ihr noch mehr solche Missstände gibt, die aufgedeckt werden müssen. Aus diesem Grunde schlage ich den verschiedenen Parteien vor, eine neue, neutrale Anlaufstelle zu schaffen, an die man straffrei gefundenes Beweismaterial weiterleiten kann. Diese Stelle ist dann verantwortlich, dass die eingegebenen Fälle untersucht, geahndet, eventuell veröffentlicht und die Sachverhalte bereinigt werden. Nur so wird unsere Regierung wieder transparenter und das Vertrauen in sie zurückgewonnen.

Armin Hauser-Liechti, Au

Kriminelle einbürgern? Nein zum Bürgerrechtsgesetz, Ja zum Gegenvorschlag

Neu soll ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen werden. Dies führt dazu, dass künftig ein Gericht – und nicht mehr die Gemeinde – über ein Einbürgerungsgesuch entscheiden kann. Verbrecher und Straftäter sollen den Schweizer Pass künftig viel einfacher erhalten können. Selbst bei schweren Straftaten wie Vergewaltigung, Raub oder Einbrüchen wäre eine Einbürgerung schon nach wenigen Jahren möglich. Aus diesem Grund hat die SVP das konstruktive Referendum gegen das Bürgerrechtsgesetz ergriffen. Das heisst: Die SVP hat einen konkreten Gegenvorschlag eingereicht. Um die besagten Mängel zu beheben, ist es darum wichtig, am 11. März das Bürgerrechtsgesetz abzulehnen und gleichzeitig dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Kein Freipass zum Bürgerrecht

KANTONSRAT
HANS FREI
FRAKTIONSPRÄS. SVP
WATT

Das Bürgerrecht erhält im Kanton Zürich eine neue gesetzliche Grundlage. Das vom Kantonsrat ausgearbeitete Bürgerrechtsgesetz genügt nicht – es muss verschärft werden. Es darf keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geben. Die SVP sah sich mit der Ergreifung des konstruktiven Referendums gezwungen, die verfassungsmässigen Verfahrensrechte – die auch vom Bundesgericht unbestritten sind – den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu unterbreiten. Der Bund gibt den Kantonen und Gemeinden eine gewisse Freiheit und räumt den Gemeinden in der Erteilung des Bürgerrechtes ganz bewusst ein beträchtliches Ermessen ein. In der Bundesverfassung werden für die Einbürgerung ausschliesslich Mindestanforderungen genannt.

Kein Recht auf Einbürgerung

Die Bundesverfassung unterscheidet zwischen Grundrechten und politischen Rechten. Die Grundrechte sind in 30 Artikeln ausformuliert. Sie haben Gültigkeit für alle Menschen in unserem Land.

Die Bürgerrechte, der Erwerb oder Verlust desselben und die Ausübung der politischen Rechte für Schweizerinnen und Schweizer werden in vier Artikeln geregelt. Nur wer im Besitz des Bürgerrechtes ist, kann die politischen Rechte wahrnehmen. Die politischen Rechte sind im Gegensatz zu den Grundrechten einlösbar – aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Der Bund regelt den Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes. Abschliessend erteilen Bürgerinnen und Bürger – oder die von ihnen gewählten Behörden – das Kantons- oder Gemeindebürgerrecht. Dies gilt insbesondere auch seit das Recht einen gemischtrechtlichen Akt vorsieht und eine Begründung vorliegen muss. Das muss bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck hervorgehoben werden. Dieses Verfahren ist in unserer Bundesverfassung verankert und vom Schweizer Volk und von den Ständen angenommen worden. Die Verfahrensrechte – und die damit verbundene Übertragung von politischen Rechten – werden vom Volk oder ihren Vertretern durch Abstimmungen mit Ja oder Nein entschieden und nicht durch gerichtliche Instanzen festgestellt.

Hohe Hürden für die Erteilung eines Bürgerrechtes sind unumgänglich

Mit dem Antrag des Regierungsrates zum neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetz wurden diese Hürden in den juristischen Sumpf abgetaucht. Nicht anders ist zu erklären, mit welchem lockeren Umgang politische Rechte Ausländerinnen und Ausländern ausgehändigt werden sollen. Unsere Demokratie beruhe auf der Vorstellung, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in die staatliche Willensbildung eingebunden seien. Es bestehe ein Anspruch auf institutionalisierte Mitbestimmung! Wer eines Verbrechens schuldig erklärt wird, kann nach fünf Jahren bereits ein Aufnahmegesuch stellen, bei einem Vergehen sogar nach drei Jahren.

Der Wechsel vom Strafregisterauszug zur Grundlage Strafregister ist eine unverhältnismässige Verlängerung der Wartefristen im Einbürgerungsverfahren.

Kriminelles Handeln kann und darf nicht mit Fristen verharmlost werden. Verbrechen sind Taten, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt werden, zum Beispiel Mord, grausamer Raubüberfall oder brutale Vergewaltigung. Die SVP nimmt diesbezüglich eine unmissverständliche Haltung ein. Kriminelle Ausländer erhalten kein Bürgerrecht, sie haben die Schweiz zu verlassen.

Bürgerrechtsgesetz NEIN, Gegenvorschlag JA

Mit dem Start ins neue Jahr startet die SVP die Kampagne gegen das neue Bürgerrechtsgesetz und kämpft für unseren Gegenvorschlag. Eine äusserst wichtige Abstimmung zeichnet sich am 11. März 2012 ab. Da an diesem Abstimmungswochenende nur eine kantonale Vorlage vorliegt, wollen wir unsere Kräfte auf diesen Abstimmungskampf konzentrieren.

Wir wollen keine Kriminellen einbürgern, wir wollen kein Rechtsanspruch im Bürgerrechtsgesetz dulden.

Das Bürgerrechtsgesetz ist ein neues kantonales Gesetz, es geht als Auftrag aus der neuen Kantonsverfassung hervor. Umso wichtiger scheint uns, Bürgerinnen und Bürger mit dem Weichspüler-Bürgerrechtsgesetz zu konfrontieren und auf unseren Gegenvorschlag zu sensibilisieren. Der Gegenvorschlag ist eine verantwortbare Regelung, bei dem die Volksrechte gewahrt bleiben und die Bürgerrechtsentscheide nicht den Gerichten abgetreten werden. Das Strafregister und nicht der Strafregisterauszug bildet in Zukunft die Entscheidungsgrundlage. Die Anforderungen an die Einbürgerung für Ausländer werden wesentlich erhöht.

Die Abstimmungsvorlage umfasst drei Teile:

Teil A, Kantonales Bürgerrechtsgesetz	wird abgelehnt
Teil B, Gegenvorschlag von Stimmberechtigten	wird zugestimmt
Teil C, Stichfrage	Vorlage B

Kriminelle einbürgern?

Bürgerrechtsgesetz NEIN

Gegenvorschlag JA

Die SVP fordert seit Jahren eine härtere Gangart in der Einbürgerungspraxis. Der Bund übernimmt zunehmend internationales Recht, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete und den Gemeinden wird befohlen. Die Behörden werden zu Vollzugsgehilfen, nur das Volk kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Am 11. März hat das Stimmvolk Gelegenheit, politische Entscheide wieder näher und konsequenter beim Bürger zu fällen.

Das neue Bürgerrechtsgesetz

HANS H. RATHS
KANTONSRAT SVP
PFÄFFIKON ZH

Entwurf Regierungsrat

Die SVP des Kantons Zürich hat den völlig ungenügenden Entwurf der Regierung von Beginn weg entschieden abgelehnt. Bereits im Rahmen der Vernehmlassung haben wir der Regierung mitgeteilt, welche Punkte unbedingt verbessert werden müssen.

Dabei standen folgende Punkte im Vordergrund:

- Rechtsanspruch auf Einbürgerung
- Aufenthaltsstatus
- Wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit
- Beachtung der Rechtsordnung
- Integrationsvermutung
- Verordnungskompetenz

Vorschlag der Kommission für Staat und Gemeinden

Die SVP hat sich in der Kommissionsarbeit konsequent für ein Gesetz eingesetzt, bei dem Qualität vor Quantität steht. Nur wer über einen tadellosen Leumund verfügt, über angemessene mündliche und schriftliche Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt und gut integriert ist, soll aus Sicht der SVP Schweizer werden dürfen.

Die Kommission hat auf Antrag oder mit Unterstützung der SVP den Entwurf der Regierung in verschiedenen Punkten verbessert.

Die wichtigsten sind:

- Gesuchstellerinnen müssen im Besitz der Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) sein und mindestens drei Jahre in der Gemeinde, in der sie das Gesuch stellen, wohnen.
- Leistungen der Arbeitslosenversicherung zählen nicht zum Nachweis der wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit.
- Die Gemeinden prüfen bei allen Gesuchstellern die Integration. Der Vorschlag der Regierung für eine Integrationsvermutung bei Personen bis 25 Jahre, ist gestrichen worden. Damit auch die erleichterte Einbürgerung für Ausländer zwischen 16 und 25 Jahren.
- Die Verordnung zum Gesetz untersteht der Genehmigung durch den Kantonsrat.

Verabschiedetes Gesetz

Das verabschiedete Gesetz ist besser als die heute gültigen Bestimmungen. In zwei zentralen Punkten genügt es aber nicht. Der eine ist, dass im Kanton Zürich neu ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen werden soll. Der zweite ist, dass Mörder, Verbrecher, Räuber und Vergewaltiger eingebürgert werden können.

Konstruktives Referendum

Wenn etwas nicht genügt, ist es zu verbessern! Das konstruktive Referendum ist eine Möglichkeit, ein vom Kantonsrat verabschiedetes Gesetz zu verbessern. Dazu kommt, dass zu einer so wichtigen Vorlage, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Gelegenheit zur Stellungnahme haben sollten. Innerhalb kürzester Zeit ist es der SVP gelungen, die für das konstruktive Referendum nötigen Unterschriften zu sammeln.

Kritische Würdigung

Es darf festgehalten werden, dass der völlig ungenügende Antrag der Regierung, der vom linken Gedankengut von alt RR Notter geprägt war, durch den Kantonsrat in einigen Punkten verbessert wurde. Der Kantonsrat hat es leider verpasst, den Antrag der Regierung in den zwei für uns sehr wichtigen Punkten (Rechtsanspruch und Einbürgerung von Kriminellen) zu korrigieren. Mit einem Ja zum Gegenvorschlag erhält der Kanton Zürich ein Bürgerrechtsgesetz, das Qualität vor Quantität stellt.

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen

Angebote an: Konrad Gadient,
Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadient@bluewin.ch

Die Profis für Ihre Unternehmensnachfolge

NÄGELI & PARTNER
www.naegelipartner.ch

12. Nationaler SVP-Jasscup
mit National- und Ständeräten der SVP

Samstag, 18. Februar 2012
10.30–16.00 Uhr, Türöffnung 09.00 Uhr

Mehrzweckhalle, 6017 Ruswil/LU
Parkplätze sind bei der Sporthalle vorhanden

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, 1 Streichpasse, gewertet 36 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten

Preise
Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis fur die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.–, 2. Preis Fr. 200.–,
3. Preis Fr. 100.–

Teilnahmegebühr
Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen.
Fr. 25.– Mittagessen
(fakultativ mit den Jassgebühren gegen Bon zu kaufen)

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon bis spätestens Freitag, 10. Februar anzumelden.

Organisation
SVP Ruswil unter der Leitung von OK-Präsident Urs Meyer, Ruswil und Nationalrat Felix Muri, Emmenbrücke.

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 12. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 18. Februar 2012 in Ruswil an:

❑ Französische Karten ❑ Deutschschweizer Karten ❑ Egal

Name	Vorname
Adresse	PLZ Ort
Tel.	E-Mail oder Fax

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern.
Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59 – E-Mail: imobersteg@svp.ch

Fadegrad

Es tuet es bitzeli weh

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Aus dem Radio tönt eine männliche Stimme, die fürsorglich tönt und sagt: «Das wird jetzt es bitzeli weh thue». Der Akzent ist offensichtlich deutsch und dann folgt das Dröhnen eines elektrischen Abbauhammers. Wofür Werbung gemacht wird, weiss ich nicht mehr. Bemerkenswert erscheint mir aber die Tatsache, dass der Zahnarzt deutscher Herkunft bei uns bereits so normal ist, dass dem Radiohörer sofort klar ist: Das ist ein Zahnarzt. Diese Woche meldete sich eine Organisation unter dem Namen Medicus Mundi und forderte, dass die Schweiz vermehrt eigenes Gesundheitspersonal ausbilden müsse, statt solches zu importieren. Die Einwanderung erfolge oft aus Ländern, die selbst zu wenig Pflegepersonal hätten. Tatsächlich scheint es auch in Deutschland inzwischen einen Ärzte- und Pflegepersonalmangel zu geben, wie auch im Rest von Europa. In der Schweiz ist per 1. Januar diesen Jahres der Zulassungsstopp für Arztpraxen gefallen. Im Parlament fand sich keine Mehrheit mehr, um diese Massnahme zu verlängern, die insbesondere von den Kantonen befürwortet wurde, um ein Steuerungsmittel zur Reduktion von Gesundheitskosten zu haben. Medicus Mundi schätzt, dass in der Schweiz zirka 5000 Personen zu wenig im Gesundheitswesen ausgebildet werden. Es geht hier nicht nur um Ärzte, sondern auch um Pflegefachleute und andere Berufe aus dem Gesundheitswesen. Es besteht also ein erheblicher Bedarf. Gegenwärtig ist der Gesundheitsbereich eine der wenigen Wachstumsbranchen in der Schweiz. Wir merken das unter anderem an den steigenden Krankenkassenprämien. Andererseits waren wir auch noch nie in der menschlichen Geschichte so gut umsorgt und noch nie wurden Menschen in Mitteleuropa so alt wie heute. Die Möglichkeiten der Medizin werden verbessert, die Technik macht Fortschritte – und auch die Ansprüche der Patienten steigen. Andererseits sind die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen auch nicht mehr so goldig. Insbesondere beklagten die öffentlichen Spitäler im Kanton Zürich in einem Manifest bereits im Jahr 2009 die Abwanderung von Ärzten in die Praxis oder Privatkliniken. 30 Prozent der Ärzte seien Ausländer, vornehmlich Deutsche, während die Abschlüsse von Humanmedizinern in der Schweiz von 2000–2009 von 800 auf 600 jährlich zurückgegangen seien. Von den Studierenden seien 70 Prozent Frauen, die den Beruf frühzeitig verliessen oder Teilzeitarbeit suchten. Die Medizin ist eine positive Kraft, die nicht nur Kosten verursacht, sondern die Lebensqualität verbessert. Die Ausbildung von möglichst viel eigenem Gesundheitspersonal sollte forciert werden, damit möglichst viel Nutzen auch für unsere Bevölkerung anfällt. Dazu muss in die Ausbildungsinfrastruktur investiert werden. In Zürich dräut die Sanierung des Universitätsspitals. Das wird es bitzeli weh tun, aber der Arzt sollte wieder Dialekt sprechen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Pirouetten im Leeren – bis die Welt den Zürchern um die Ohren fliegt

Wenn Ratssitzungen im Leeren drehen, wird man auf andere Gedanken kommen: Die leichtgewichtigen Geschäfte kontrastieren dann mit Verwerfungen in der politischen Landschaft, wie mit den Hintergründen in der Causa Hildebrand oder mit dem autoritären Drall in Ungarn, das finanziell auch am Abgrund steht: all dies betrifft letzten Endes auch Zürich.

B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Der Autor der Ratsberichterstattung von letzter Woche tat gut daran, nicht die einzelnen Vorstösse zu rapportieren, sondern sich grundsätzlicheren Themen zuzuwenden. Auch die in dieser Woche behandelten Geschäfte waren kaum der Rede wert – wir werden sie kurz streifen und uns dann anderen Horizonten zuwenden – und für die nächste Woche steht drohend die Prostitutionsverordnung in Aussicht. Auch über dieses unappetitliche Thema könnte des Schreibers Höflichkeit dann schweigen.

Von der Wüste der Belanglosigkeit …

Es waren vor allem unbestrittene Weisungen, die darauf warteten, durchgewinkt zu werden, Vorlagen die auch keine Welt verändern: Der Bericht über Wohnmöglichkeiten von Mehrfachbehinderten und Pflegebedürftigen ändern nichts an deren tristem Schicksal; der Bericht über den Bau eines Schulhauses auf dem Schützen Areal macht niemanden intelligenter; der Umbau und die Erweiterung von Garderoben in der Sportanlage Buchlern macht das getrennte Duschen auch nicht schöner; die Zonenplanänderung in der Tüfenwies kommt sowieso; die Ablehnung der KMU-Förderinitiative ändert – ebenso wenig wie die KMU-Entlastungsinitiative – nicht das Geringste an der Eurokrise. Auch nicht wärmer wurde es in der Diskussion um die dringlichen Interpellationen zur Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich.

Warme Brüder (und Schwestern) hatten dann beim einzigen umstrittenen Geschäft zur Realisierung der «Fachstelle für Schwule und Lesben» ihren Grosskampfabend. Allerdings berichten wir darüber nicht, weil die Welt auch nicht auf eine solche Fachstelle in Zürich gewartet hat. Da schweifen die Gedanken denn auch ab in Sphären, in denen wirklich wesentliches Geschieht für die Welt – und auch für Zürich, ist doch die Stadt als Wirtschaftsstandort stark international vernetzt.

… in die Sümpfe des Tieflandes …

Wer gegen jemanden aus Rivalität, Feindschaft oder Rache vorgehen will, findet immer Angriffsflächen: Wer sucht, der findet; und sollte sich einmal nichts finden lassen, so sieht man zu, wie diese Angriffsflächen geschaffen werden können. Was dann wirklich Sache ist, bleibt im Dunkeln.

So dürfte der Direktionspräsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, mächtige Feinde haben: Das sind beispielsweise Linke und Gewerkschafter, die massive, inflationstreibende Interventionen fordern, um den Franken viel stärker zu schwächen, als dies das Direktorium der Nationalbank unter der Führung von Hildebrand machte. Doch Feinde können auch andere Wirtschaftsführer sein, denen Hildeband den Tarif durchgab: So wird ein abgetretener top Banker Hildebrand nicht wohlgesinnt sein, nachdem ihm dieser nachwies, dass er mit viel zu wenig Eigenkapitel «seiner» Bank unterwegs war, fahrlässig wie der Kapitän der «Costa Concordia», der sein Schiff jüngst in die Klippen fuhr. Und auch diese Bank wäre untergegangen, wenn nicht die Nationalbank unter der Führung von Hildebrand diese nicht mit Zehntausenden von Milliarden gerettet und damit die Schweiz vor einem grossen Schaden und Zürich von einer eigentlichen Katastrophe bewahrt hatte; es gibt Leute mit bedeutenden Seilschaften, die so etwas nicht wegstecken können.

Interessant vor diesem Hintergrund sind in der Folge die Ereignisse rund um den abgetretenen Nationalbankpräsidenten Philipp Hildebrand. Da wird dann – was natürlich auch möglich ist – ein schlaues Vorgehen insinuiert, das man nicht rechtlich, aber moralisch anprangert. In umgekehrten Sinne ist aber das zentral zitierte Mail, mit Hildebrand stark belastet wird, durchaus interpretationsfähig: Er habe autorisiert, «dass seine Frau in seinem Konto den Anteil an Dollars erhöhen könne.» Interessant ist dabei, dass darin keine Zahlen enthalten sind, also weder ein Betrag noch ein Prozentsatz. Dies lässt es durchaus offen, ob Philipp Hildebrand allenfalls davon ausgegangen ist, dass seine Frau den Dollaranteil um einen eher bescheidenen Betrag aufstocke und er seine mündliche Billigung in diesem Sinne gegeben hatte – warum auch nicht? Und der Kundenberater hat diese Aussage dann zur (eigenen?) Absicherung in ein Mail gefasst, das natürlich eine mündliche Aussage verkürzt wiedergibt.

Als dann klar wurde, dass die Aufstockung in einem Ausmass erfolgte, das Philipp Hildebrand dann doch nicht erwartet hatte, intervenierte er sofort beim Kundenberater und beim Rechtsdienst, um solche Vorgänge in Zukunft zu unterbinden. Seine Frau hat die Billigung der Aufstockung womöglich in diesem hohen Masse umgesesetzt, weil sie nichts von bevorstehenden Interventionen wusste. Das wiederum könnte ein Zeichen dafür sein, dass der Notenbankpräsident auch seiner Frau gegenüber betreffend die Geldpolitik verschwiegen war. Eine entlastende Auslegung ist so gesehen durchaus möglich. Das könnte Hildebrand auch gemeint haben mit seiner Beteuerung, vom Vorgang (in dieser Höhe) nichts gewusst zu haben, dies aber, was bei dieser Sichtweise plausibel wird, empirisch nicht beweisen zu können. Dann ist Hildebrand, wie er sagt, mit seinem Gewissen in der Tat im Reinen. Aber alles lässt sich auch im negativen Sinne interpretieren, und das ist das Ungeschickte oder Unglückliche im Verhalten des Notenbankers. So spielt man seinen Feinden in die Hände.

…an den Rand des Abgrundes…

Ein ebenfalls spannendes Trauerspiel sieht man im Gerangel zwischen Ungarn und EU: Da schickt sich die rechtsnationale Regierung unter Viktor Orban an, mit einer Zweidrittelmehrheit ihrer «Fidesz» im Parlament den Rechtsstaat und die Pressefreiheit auszuhebeln und sogar die Verfassung so zu ändern, dass sie ihre Mehrheit auch in Zukunft zementiert. Auch faschistische Regimes sind schon an die Macht gekommen, indem sie, einmal auf demokratischem Weg unterwegs, die Demokratie autoritär verbogen. Und was tut die EU? Sie tut so, als interveniere sie, doch von einem eigentlichen Durchgreifen kann nicht die Rede sein. Nicht nur, weil man sich nicht beliebig in die internen Angelegenheiten einmischen kann, sondern weil man es auch nicht will: So gehört die «Fidesz» im Europäischen Parlament zur «Europäischen Volkspartei», in der alle konservativen Parteien zusammengeschlossen sind – und wer will da schon gegen seine Fraktionsfreunde vorgehen?

Und dann gibt es da auch noch den finanziellen Hintergrund: Ungarn steht – auch ohne «Euro» und mit «Forint» – nahe am Abgrund; und wer will schon eine Pleite riskieren, weil die EU so finanziellen Schaden erleiden würde samt den europäischen Banken, die sich in Ungarn engagierten. Was will man da schon an Sanktionen mit Millionenbussen in Aussicht stellen, wenn mehr als nur klar ist, dass, wenn die EU und der Internationale Währungsfonds IWF eines Tages Ungarn vor der Pleite retten müssen, auch Europa die selber verhängten Sanktionen gleich mitfinanzieren müsste. Da kann ein Viktor Organ lange scheinbar kompromissbereit auf Zeit spielen und sich ins Fäustchen lachen. mitbetroffen – und Zürich mit dem Bankenplatz erst recht.

… wo die Prostitution mit den Zähnen fletscht

Angesichts dieses europäischen und internationalen Gemauschels haben wir gleich die Steilvorlage für die nächste Ratssitzung: dann steht die Prostitutionsverordnung auf dem Tapet. Der Bogen wird nicht nur im eigentlichen Sinn geschlagen durch die zahllosen Ungarinnen, die angesichts der düsteren Aussichten im eigenen Land hier ihre Dienste anbieten; im übertragenen Sinn kann eine Prostitution auch auf anderem Wege erfolgen: durch Beziehungskorruption.

EIN RÜCK- UND AUSBLICK

Oppositionspolitik als Erfolgsmodell

Opposition bringt in der Regel keinen kurzfristigen Erfolg. Doch langfristig zahlt sich eine konsequente Oppositionspolitik aus. Dank ihrer Hartnäckigkeit und Gradlinigkeit konnte die SVP der Stadt Zürich verschiedene Missstände aufdecken und nötige Korrekturen einleiten.

GEMEINDERAT MAURO TUENA FRAKTIONSPRÄS. SVP ZÜRICH 4/5

Alle anderen grossen Parteien in der Stadt Zürich nicken die Vorlagen ihrer Regierungsmitglieder mehrheitlich einfach ab. Vielleicht stellen sie in den parlamentarischen Fachkommissionen noch kritische Fragen. Doch spätestens bei der Behandlung eines Geschäfts in den Fraktionen ist die Anfangskritik wie vom Winde verweht. Zu viel Macht haben dort die Mitglieder der Exekutive. Beispiele hierfür haben wir genug. Im Nachhinein heisst es dann immer «... ja wir können doch nicht ...».

Nicht so die SVP. Wie Sie wissen, haben wir die Opposition nicht gesucht, nein, wir wurden geradezu hineingedrängt. Wir wären bereit gewesen, auch in der Stadt Zürich Regierungsverantwortung zu übernehmen. Doch das Volk, der Souverän, unser Chef, hat anders entschieden. Opposition – opponere kommt ja aus dem Lateinischen, ponere legen, opponere entgegenlegen und einwenden – heisst die stadträtlichen Ideen kritisch zu hinterfragen, genau hinzusehen, nicht einfach ja sagen. Und genau das macht die SVP der Stadt Zürich. Im Gemeinderat, oft jedoch auch ausserparlamentarisch im Volk. Manchmal gelingt der Widerstand gegen die Regierungsparteien in einem Referendumsabstimmungskampf, vielfach auch nicht. Immer aber erreicht die SVP mit Referenden Werte weit über ihrem Wähleranteil. Doch wir wissen, die Kämpfe sind hart, zeitraubend und vor allem kostenintensiv. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt gestaltet sich die Sponsorensuche für Abstimmungskämpfe als schwierig. Finanzkräftige Unternehmen oder Privatpersonen profitieren wohl kaum am Ausgang des Referendumsabstimmungskampfes zum geplanten Strichplatz in Altstetten. Trotzdem hat die SVP der Stadt Zürich hier das Referendum ergriffen. Aus grundsätzlichen Überlegungen.

Budget kritisch hinterfragen

Opposition heisst auch, den Budgetentwurf des Stadtrates kritisch zu hinterfragen. Und das haben wir letztes Jahr minuziös getan. Die SVP-Gemeinderatsfraktion hat in drei Wochenendklausuren die 8,4 Milliarden Franken nach den Kriterien «allenfalls Wünschbares» und «wirklich Nötiges» durchgeackert. Unsinnige Ausgaben haben wir zuhanden des Gesamtrates zur Kürzung oder Streichung beantragt. An Orten, wo seitens des Stadtrates die Prioritäten falsch gesetzt wurden, haben wir Budgetverschiebungen vorgenommen. Die Sicherheit in Zürich ist der SVP etwas wert. Deshalb haben wir auf dem Konto der Stadtpolizei eine Budgetaufstockung beantragt.

Opposition bringt in der Regel keinen kurzfristigen Erfolg. Doch langfristig zahlt sich eine konsequente Oppositionspolitik aus. Oder wie sonst lässt es sich erklären, dass die Stadt Zürich unter Einsatz von Sozialdetektiven strengere Kontrollen in der Sozialhilfe einführte? Vor einem Jahr war die SVP Drahtzieher der Idee zur Budgetrückweisung an den Stadtrat. Gewiss, das damalige stadträtliche Budget B war keine Meisterleistung. Aber die Budgetrückweisung ist der Regierung tief in die Knochen gefahren. Sie hat gesehen, dass im Falle eines Falles Mehrheiten gebildet werden können. Der Stadtrat wird dem Gemeinderat nie mehr ein solch defizitäres Budget vorlegen wie dazumal (–220 Millionen Franken).

Ausdauer ist gefragt

Opposition heisst auch aufdecken, Missstände und Mauscheleien im Stadtrat oder in der Verwaltung aufzeigen, die Öffentlichkeit informieren. Seit einiger Zeit bringt der Stadtrat Kostenüberschreitungen bei Projekten von sich aus in die Öffentlichkeit. Bis vor kurzem hielt er sich in solchen Angelegenheiten immer sehr bedeckt. Missstände sind auch, wenn sich eine grüne Stadträtin mit der AUDI-Luxuslimousine umherchauffieren lässt. Oder wenn ein Stadtrat bei einem EDV-Projekt in den Sozialen Diensten viel zu spät die Notbremse zieht. Eine krasse Mauschelei ist es, wenn eine Stadträtin die ehemalige Direktorin der Sozialen Dienste mit einem sehr angeschlagenen Leistungsausweis als neue Direktorin einer Dienstabteilung zurückholt. Opposition ist mit einem enormen Zeitaufwand verbunden. Ich bin froh, dass in der SVP-Gemeinderatsfraktion 23 starke Personen sind, welche die Kraft und die Ausdauer haben, auch in Zukunft unter meiner Führung eine ausgeprägte Oppositionspolitik zu betreiben. Die SVP ist bereit, wo nötig auch weiterhin nein zu sagen, gegen unsinnige Vorlagen anzukämpfen, Referenden zu lancieren, entsprechende Abstimmungskämpfe durchzuziehen und Missstände und Mauscheleien schonungslos aufzudecken.

Öffentliche Podiumsveranstaltung zur kant. Abstimmung vom 11. März

UMSTRITTENES BÜRGERRECHTSGESETZ

Mittwoch, 25. Januar 2012, 20.00 Uhr
Türöffnung ab 19.30 Uhr

Restaurant Frohsinn Geerenstr. 20, 8302 Kloten

Unter der Leitung von Martin Liebrich (Redaktor «Glattaler») diskutieren:

- **Ruedi Lais**, Kantonsrat SP
- **Gregor A. Rutz**, Kantonsrat SVP
- **Jorge Serra**, Kantonsrat SP
- **Hans-Ueli Vogt**, Kantonsrat SVP

Anschliessend wird ein Apéro offeriert.
Wir freuen uns auf viele interessierte Teilnehmer.

SP SVP SCHWEIZER QUALITÄT Die Partei des Mittelstandes

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Motorrad Typ BMW K 1100 RS, schwarz, inkl. 2 Koffer links und rechts, sehr gepflegt, nur 12 500 km, Jg. 95, Preis Fr. 6500.–, Tel. 079 236 30 59.

Lieferwagen Berlingo, Jg. 2007, 5800 km, weiss, ab Kontrolle, Fr. 6000.–, Tel. 044 932 12 30.

8428 Teufen ZH beim Wirtshus zum Wyberg, **alte Milchzentrale,** vielseitig verwendbar, Auskunft, Tel. 044 860 08 28 (R. Manz).

1920er-Jahre-Oldtimer. Wir restaurieren selber vor allem 1920er-Jahre-Oldtimer, auch auf Anfrage. Aktuell bieten wir einen Studebaker President und einen Chevrolet Tourer, beide 1929, an. Tel. 079 655 87 15.

Ladewagen Mengele LW 250 eccономy, Jg. 1995, guter Zustand, 25 m³, günstig abzugeben. **Geotec Balkenmäher** 80 cm breit, Jg. 2005, Preis Fr. 390.– / **Gesucht: Antike Holzbalken und Bretter.** Stefan Mettler, Barenbergstr. 66, 8608 Bubikon, Telefon 079 432 25 10.

Rapid 606; Abladegebläse; Saxer (Dücker) mit Messern; Heuverteiler Wild, drehbar. Hch. Meier, Wildsberg 38, 8606 Greifensee, Tel. 044 940 16 94.

Anhänger Westfalia, Jg. 1978, wenig gebraucht, günstig abzugeben, Ladefläche 2 x 1 m, Seitenwände 1 m, mit Deckel. Letzte Prüfung 21.9.2077, Standort Zürich, Tel. 079 411 06 84.

Brennholz Buche, Meterspälten, trocken, in Paletten, Preis geliefert Fr. 140.–/Ster, ab Platz Fr. 100.–, Telefon 079 233 51 46.

Kreiselschwader, Kuhn GA 3201, occ., Fr. 900.–. Jakob Büchi-Vögeli, Heurüti 1, 8354 Hofstetten b. Elgg, Telefon 052 364 28 73.

Dexter-Kühe, rot und schwarz mit Kälber bei Fuss. F. Burri, Kloten, Telefon 044 813 12 65.

Glattwalze, 2,4 m, Dreipunkt, geeignet für Sandplätze Pferdesport. Telefon 079 671 58 12.

Universalausklinkmaschine, 30 Tonnen Druckkraft, maximale Blechdicke 6 mm, 2 Stationen, Gewicht 1200 kg, Platzbedarf 1200 x 800 mm, Richtpreis Fr. 1800.–, Bilder via Mail: f.reifler@bluewin.ch. Fredy Reifler, Eidmattstr., 13, 8820 Wädenswil, Tel. 078 605 43 11.

Von alten Hochstamm-Bäumen, aus ausgereiften und handerlesenen BIO-Früchten exzellent feines **Kirsch- und Zwetschgen-Wasser,** sowie **Apfel- und Birnen-Schnaps.** Telefon 044 700 01 45.

1 Pferdeanhänger mit Blachenverdeck, ab Platz, Fr. 600.– (guter Zustand). Traugott Brandenberger, Desibach 8, 8414 Buch a.I., Tel. 052 318 11 64.

Reform Mali 500 SL, Jg. 87, 55 PS, 2885 Std., ab MFK und grossem Service, 12 Jahre nur Dürrfutter transportiert, sehr guter Zustand, einsatzbereit, Fr. 25 500.–, Tel. 079 643 59 65.

Förderband Blaser, Stabkette, 6 m und 2 m Knick, neuwertig, Fr. 1500.–, Tel. 079 643 86 61.

Fiona Frontdüngerstreuer, 3 m mit Fallrohrverlängerungen, wenig gebraucht, Fr. 990.–, Tel. 079 429 37 84.

Rohrmelkanlage Westfalia, 2 Aggregate, mit Spülautomat, Milchtank rund, 650 Liter mit Kühlaggregat, Tel. 076 415 19 39 (A. Schwyn).

Knotengitter, gebraucht, zirka 50 m, 125 cm hoch, Maschen 10 x 10, unten 5 x 5, ohne Rost, Fr. 75.– bar, abgeholt. Peter Jahn, Moosacherstr. 2, 8626 Ottikon, Tel. 044 935 20 79.

Maiskolbenschrot / Maispflanzenwürfel, lose, gesackt, Big-Bag, Energiefutter für die Winterfütterung. Landi Zola AG, Illnau, Tel. 052 355 51 33.

Kuhmist ab Stock, zirka 80 m³ für Gärtnereibetrieb zu verkaufen (kleiner Strohanteil). Karl Schaufelberger, Dorfstr. 6, 8956 Killwangen, Tel. 056 401 45 16.

Holzbündeltrog für Dreipunktanbau und Stahlbandumreifungsgerät, Fr. 2200.–, **Baumschere Felcotronic 810,** Akkuladegerät, Gurt und Koffer Fr. 1950.–. Kurt Kägi, Unterdorf 9, 8486 Rikon, Tel. 052 383 11 82.

3-Seiten-Kipper, Einachs, Marke Unsinn, 2,2 x 4,3 x 1 m, hydr. Bremsen, Preis Fr. 6000.–, Tel. 052 319 29 56.

Hydraulische Rückenzange; Kreiselschwader Fella; **Kreiselheuer** Fella 680b; **8-t-Seilwinde,** Telefon 079 359 85 16.

ZU KAUFEN GESUCHT

Alu-Mistrampe, occ. 3,5 bis 5 m. Arthur Wegmann, Wangenerstr. 41, 8317 Tagelswangen, Tel. 052 343 17 62.

Motoregge Bucher-Guyer. Ernst Schärer, Marchstein, 8934 Knonau, Tel. 079 267 27 51.

Auto, 30 und 45 km, für Land- und Forstwirtschaft. Tel. 052 364 28 73.

Kotflügel (hinten) zu Aebi TT 33, Tel. 079 642 75 40.

Bauland. Für die Arbeitsauslastung unserer treuen 180 Mitarbeiter und zur Realisierung von Wohnbauprojekten suchen wir Bauland. Wir garantieren Ihnen eine diskrete, speditive und kultivierte Abwicklung. Marco Bereuter, Brunnenstrasse 7, 8604 Volketswil, 043 399 33 88.

ZU VERSCHENKEN

Diverse Betriebeinrichtungen: Teleskopverteiler-Anlage, zirka 15 m lang; Melkmaschine Westfalia; Kipper, alt, leicht defekt; Vierrad-Wagen; Milchtank 500 Liter, muss alles selber demontiert werden. Erich Staub, Adletshusen 30, 8627 Grüningen, Tel. 079 719 35 80.

Heizöltank, gebraucht, gereinigt, 2000 Liter, inkl. Wanne aus GFK, muss abgeholt werden. R. Hofmann, Im Heidenbühl 11, 8352 Räterschen, Tel. 079 378 68 83.

STELLEN

Gesucht ab sofort infolge Krankheit **landwirtschaftlicher Mitarbeiter** ins Zürcher Weinland, Telefon 052 317 18 60 oder 079 311 49 50.

LEHRSTELLE

Für 2013/14 ist auf unserem modernen Milchwirtschaftsbetrieb noch eine **Lehrstelle** für einen motivierten, verantwortungsbewussten und selbständigen Lehrling frei. www.fuchsbuel.ch

DIVERSES

Wir suchen Betriebsnachfolger/in! Für unseren kleinen, intensiv geführten Betrieb mit Mastvieh, Obst-, Kirschen-, Zwetschgen-, Beeren-, Reben- und Ackerbau. Auskünfte: Tel. 052 318 13 60.

Hochzeitsfotograf, Hochzeitsfotoreportagen und Hochzeitsalben aus einer Hand. Referenzen: www.fotograf-hochzeiten.ch. Christian Meier, Birchwald 1, 8166 Niederweningen, Telefon 044 856 08 25.

IMMO – GESUCHT

Auf 1. April, evtl. vorher, im Zürcher Unterland/Weinland, **3,5-Zimmer-Wohnung/Dachwohnung,** mit Balkon/Sitzplatz, öV. erreichbar, max. Fr. 1700.– inkl. NK. Bin auch für jeden Tipp dankbar! Frau R. Wyss, Tel. 079 714 90 28.

ZU VERMIETEN

Grosse **Pferdebox** in Elgg mit Weideanteil, Tel. 079 642 39 60 (nachmittags, abends).

Fohlenaufzuchtplätze frei in Gemischtgruppen, Tel. 044 954 12 67.

DIENSTLEISTUNG

«Metzgete»: Schlachten, zerlegen, ausbeinen und dressieren, Wursten und vac. verpacken? Verrechnung per kg SG. Rufen Sie mich an: Diggelmann Henri, Metzgerei, Tösstalstrasse 68, 8496 Steg, Tel. 055 245 13 24.

FREIZEIT/KONTAKTE

Mittelmeer-Kreuzfahrt. Wer kommt mit mir, m 30, vom 5. bis 13. Oktober 2012, mit Bus und Schiff, MSC Divina, Venedig bis Istanbul. Bist Du interessiert? Ruf an: Tel. 071 688 63 40, ab 19.00 Uhr.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht

☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Suche Reisebegleiterin für Doppelzimmer, KKL-Israelreise, 6. bis 15. Juni, 10 Tage voll unvergesslicher Höhepunkte: VIP-Gäste für Opernfestival Carmen in Masada, Totes Meer, See Genezareth, Jerusalem, Carmel (Einweihung Feuerwehrauto) Beer Sheva, Park, Beduinen-Stadt Segev.

Frau Edeltraud Leidig, Kleindorfstr. 12b, 8707 Uetikon a.S., Tel. 043 844 31 20.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Sie planen einen Umzug? Egal ob intern, weltweit oder national – Transpack hat die Löung! Auch Packmaterial verkaufen wir! Rufen Sie uns an, Tel. 044 437 20 80, www.transpack.ch.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

BISCHOFBERGER
VIEHHANDLUNG IM GUGGENBÜHL

Laufend Auswahl an tollen
Rot- und Schwarzflecken
Mit top Euteranlagen und viel Milch

Kaufe gerne Ihre
Tränkekälber

Felix Bischofberger
Viehhandlung im Guggenbühl
8442 Hettlingen ZH

079 577 22 19

Für unser umfangreiche Lohnunternehmen suchen wir einen initiativen, selbständigen

Maschinist/Traktorführer
Landmaschinenmechaniker

Ihre Aufgaben sind unter anderem:
- Arbeiten mit verschiedenen Erntemaschinen.
- Service- und Unterhaltsarbeiten an unserem Maschinenpark in besteingerichteter Werkstatt (Hydraulikservice, Fräsen, Drehen usw.)

Es erwartet Sie eine interessante Stelle in allen Bereichen der Landtechnik, ein angenehmes Arbeitsklima und zeitgemässe Entlöhnung. Senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen oder rufen Sie uns an.
Telefon: 052 355 04 04
mail: info@maschinenbetrieb-bruetten.ch

BALTENSPERGER MASCHINENBETRIEB 8311 Brütten Chrumbüel

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.) Betten und Lättli jeder Art und Grösse, sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel, div. Marken-Bettwäsche.
Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

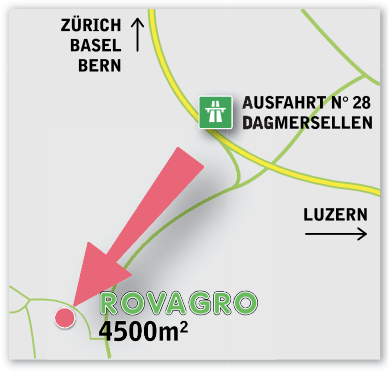
BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld
Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

NEU! Profi Markt in der Zentral-Schweiz

Nur 2 Minuten von der Autobahnausfahrt Dagmersellen entfernt

Besuchen Sie uns und profitieren Sie von **10% Rabatt** gegen Vorlage dieses Gutscheines bis zum 18.02.2012



Unterdorf 28
6246 Altishofen
T: 062 756 41 33
www.rovagro.ch

Der Partner des Tierzüchters seit 1985
ROVAGRO

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 23. Januar 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 23. Januar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Stamm.

Montag, 12. März 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau
Freitag, 20. Januar 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, Dorfjass wird wiederbelebt. Gespielt wird der «Schieber». Es sind alle herzlich willkommen. Kontakt: svpknonau@gmail.com oder 076 771 02 60.

Bezirk Bülach / Kloten
Mittwoch, 25. Januar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Frohsinn, Geerenstrasse 20, Kloten, Podium zur Abstimmung über das «Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag». Teilnehmer: Ruedi Lais, Kantonsrat SP, Wallisellen; Gregor A. Rutz, Kantonsrat SVP, Küsnacht; Jorge Serra, Kantonsrat SP, Winterthur und Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat SVP, Zürich.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Dienstag, 14. Februar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podium zur Abstimmung über die Ferieninitiative und über das «Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag». Teilnehmer: Julia Gerber-Rüegg, Kantonsrätin SP, Wädenswil; Hanspeter Göldi, Kantonsrat SP, Meilen; Claudio Zanetti, Kantonsrat SVP, Zollikon; Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP, Küsnacht; Gesprächsleitung: noch offen

Bezirk Meilen / Küsnacht
Donnerstag, 2. Februar 2012, 20.00 Uhr, Foyer Heslihalle, Untere Heslibachstrasse 33, Küsnacht, Podium zur Abstimmung über das «Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag». Teilnehmer: Ursina Egli, Kantonsrätin SP, Stäfa; Daniel Jositsch, Nationalrat SP, Winterthur, Christoph Mörgeli, Nationalrat SVP, Stäfa und Gregor A. Rutz, Kantonsrat SVP, Küsnacht. Gesprächsleitung: Benjamin Geiger, Chefredaktor ZSZ.

Bezirk Meilen / SVP und SP Zollikon
Donnerstag, 9. Februar 2012, 20.00 Uhr, Gemeindesaal, Zollikon, Podium zur Abstimmung über das «Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag». Teilnehmer: Katharina Kull-Benz, Zollikon, Kantonsrätin FDP, Gemeindepräsidentin; Ornella Ferro, Uster, Kantonsrätin Grüne; Martin Näf, Zürich, Nationalrat und Kantonsrat SP und Gregor A. Rutz, Küsnacht, Kantonsrat SVP. Gesprächsleitung: Dorothee Vögeli, Redaktorin NZZ.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Freitag, 27. Januar 2012, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, Jassturnier (Schieber-Jass mit zugelostem Partner). Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr. Einsatz: 20 Franken. Es sind schöne Preise zu gewinnen. Alle JasserInnen erhalten einen Preis! Anmeldungen bitte so schnell wie möglich, aber spätestens bis Montag, 23. Januar 2012 an Walter Müller, Bahnhofstrasse 17, Postfach, 8422 Pfungen, Telefon: 052 304 00 00 / Fax: 052 304 00 09 / e-mail: mail@zier.ch.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 27. Januar 2012, 19.00 Uhr, Vereinshütte des Hundevereins SKG (nahe der Versuchsanstalt Reckenholz), Reckenholzstrasse, 8046 Zürich, öffentlicher Fondue-Plausch, gemütliches Zusammensein bei einem feinen Fondue Figugegl. Kosten: 20 Franken pro Portion/Person. Alle sind herzlich willkommen. Anmeldung: Daniel Regli, svp.zh11@bluewin.ch, 044 372 03 26; Thomas Schwendener (Hüttenwart), 079 405 58 00; Walter Isliker, walter.isliker@stp.stzh.ch

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 27. Januar 2012, Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 80. Geburtstag von Jakob Grimm.

Programm:

18.30 Uhr Türöffnung/Apéro.

18.50 Uhr Laudatio durch Judith Übersax
Kantonalpräsidentin Kanton Schwyz.

19.00 Uhr Start unserer Geburtstagstafel
(Hauptgang Rindsfilet Stroganoff).

22.00 Uhr Ausklang der Geburtstagsfeier.

Geniessen Sie mit unserem Ehrenmitglied und Jubilar Jakob Grimm auch die musikalische Betrachtung der kulinarischen Genüsse. Nachtessen: CHF 65.– (4-Gang-Menu). Das Theaterticket wird für jeden Gast von Jakob Grimm offeriert. Jakob Grimm und wir freuen uns über Ihre Anmeldung zu seinem 80. Geburtstagsfest. Unsere Ehrengäste Ständerat This Jenny und Nationalrat Christoph Mörgeli werden unseren Jubilar von Herzen beglückwünschen! Da die Platzzahl limitiert ist, bitten wir Sie, Ihre Reservation bis spätestens Montag, 23. Januar 2012, bekannt zu geben. Ihre Anmeldung richten Sie telefonisch oder per E-Mail an Barbara Kluge, Telefon: 079 698 38 44, E-Mail: barbara@kluge.ch.

Samstag, 28. Januar 2012, 9.45–12.00 Uhr, Grossratssaal im Grossratsgebäude, Obere Vorstadt 10, Aarau, sifa-Wintertagung zur Sicherheitspolitik. Referat mit Nationalrat Christoph Mörgeli zum Thema: Asylverfahren als einfachster Weg zur Kriminalität. Anschliessend Diskussion und Apéro bis 13.00 Uhr. Veranstalter: sifa Sicherheit für alle.

Samstag, 18. Februar 2012, 10.30–16.00 Uhr, Mehrzweckhalle Ruswil, Ruswil / LU, 12. Nationaler SVP-Jasscup, mit National- und Ständeräten der SVP, Modus: Schieber mit zugelostem Partner, 4 Passen à 12 Spiele, 1 Streichpasse, gewertet 36 Spiele. Kartenart: Französische und Deutschschweizer Karten. Preise: Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Teilnahmegebühr: Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen, Fr. 25.– Mittagessen. Teilnehmer: Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Organisation: SVP Ruswil unter der Leitung von OK-Präsident Urs Meyer, Ruswil und Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke.Türöffnung 9.00 Uhr, Parkplätze vorhanden. Anmeldung: Tel. 031 300 58 58, Mail: imobersteg@svp.ch, Anmeldetalon unter www.svp.ch

Freitag, 9. März 2012, 20.00 Uhr, Gemeindehaus, Brunnenhof 6, Ehrendingen/AG, Referat «Politik aktuell» mit Diskussion von Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Generalversammlung der SVP Ehrendingen.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau/SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11
Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Unser Fest zu Ehren von Köbi:

Feiern Sie mit uns den 80. Geburtstag unseres hochgeschätzten Jakob Grimm

Freitag, 27. Januar 2012, im Restaurant Degenried
Degenriedstrasse 135, 8032 Zürich

Programm

18.30 Uhr	Türöffnung/Apéro
18.50 Uhr	Laudatio durch Judith Übersax Bezirkspräsidentin Kanton Schwyz
19.00 Uhr	Start unserer Geburtstagstafel (Hauptgang Rindsfilet Stroganoff)
22.00 Uhr	Ausklang der Geburtstagsfeier

Geniessen Sie mit unserem Ehrenmitglied und Jubilar Jakob Grimm auch die musikalische Betrachtung der kulinarischen Genüsse.

Nachtessen: CHF 65.– (4-Gang-Menu)

Das Theaterticket wird für jeden Gast von Köbi Grimm offeriert.

Jakob Grimm und wir freuen uns über Ihre Anmeldung zu seinem 80. Geburtstagsfest. Unsere Ehrengäste **Ständerat This Jenny und Nationalrat Christoph Mörgeli** werden unseren Jubilar von Herzen beglückwünschen!

Da die Platzzahl limitiert ist, bitten wir Sie, Ihre Reservation schnellstmöglichst bekannt zu geben.

Ihre Anmeldung richten Sie telefonisch oder per E-Mail an
Barbara Kluge
Telefon: 079 698 38 44
E-Mail: barbara@kluge.ch

Herzliche Grüsse
SVP Kreis 7

Präsident *Urs Fehr*

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Einladung zum SVP-Jassturnier

Was:	Schieber-Jass mit zugelostem Partner
Wann:	Freitag, 27 Januar 2012, 19.30 Uhr Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr
Organisation:	SVP Hettlingen
Wo:	Mehrzweckhalle Hettlingen

Einsatz Fr. 20.00

Es sind schöne Preise zu gewinnen.
Alle JasserInnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer.
Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich aber spätestens bis 23.01.12 an:
Walter Müller, Bahnhofstrasse 17, Postfach, 8422 Pfungen
Telefon: 052 304 00 00 / Fax: 052 304 00 09 / e-mail: mail@zier.ch

---

SVP Jass-Turnier 27. Januar 2012 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....